Amtszeitbeschränkung als Reaktion auf Sesselkleber?

Während sich die Wirtschaft die Evaluation von Spitzenkadern viel Zeit und Geld kosten lässt, werden Parteifunktionäre auf kantonaler und eidgenössischer Ebene primär immer noch durch die Gunst der Stunde oder starke Lobbies berufen. Dies wirkt sich umso verhängnisvoller aus, als die so Gewählten in der Folge praktisch keinem Wettbewerb mehr ausgesetzt sind.

Text: Peter Weigelt*

Wer heute eine Partei in einem Gremium vertritt, kann dank überregionaler Medienpräsenz praktisch sicher mit einer Wiederwahl rechnen. Die Folge davon ist, dass der politische Erneuerungsprozess blockiert wird, die Personalplanung der Parteien ins Leere läuft und ganze Politikergenerationen ausgebremst werden. Eine Amtszeitbeschränkung könnte hier korrigierend eingreifen, würde die Planbarkeit erhöhen und vor allem der Idee der direkten Demokratie, dass viele in die politische Verantwortung eingebunden werden, in hohem Masse Rechnung tragen.

Ohne neue Köpfe keine Veränderung?

In den letzten 50 Jahren hat sich in der Politik die Bürokratie zu Lasten des Handelns, das Bewahrende auf Kosten der Innovation breit gemacht, während sich unsere Welt in gesellschaftlicher wie technologischer Hinsicht radikal verändert hat. Ungeachtet aller Veränderungen setzt die Politik nach wie vor auf die kurzfristige Suche nach Akzeptanz und Popularität. Dazu gehört auch, dass man an bisherigen Köpfen festhält, selbst wenn diese ausgebrannt sind. Denn die überregionale Medienpräsenz bisheriger Parlamentarier garantiert eher einen Wahlerfolg als das risikoreiche Lancieren neuer Kräfte. Und da Parteipräsidenten am Wahlresultat von heute und nicht am Erfolg von Morgen gemessen werden, wird risikoscheu und kurzsichtig gehandelt.

Diese Fokussierung auf den Wahltag und gut gepolsterte Sessel im Parlament führen dazu, dass es immer schwieriger wird, neue Köpfe und damit auch neue Ideen in die Politik einzubringen. Gefordert ist daher auch in der politischen Personalselektion eine gründliche und kompetente Evaluation potenzieller Kandidaten. Gleichzeitig muss mit einer Amtszeitbeschränkung dafür gesorgt werden, dass immer wieder neue Personen im politischen Prozess aktiv werden können und damit der Wettbewerb auch in diesem «Markt» gestärkt werden kann.

* Peter Weigelt, alt Nationalrat und Unternehmer, St.Gallen, ist 50-jährig nach drei Amtsdauern im Jahre 2006 aus dem Nationalrat zurückgetreten.

Wählbarkeit oder Eignung?

Damit eine Amtszeitbeschränkung letztlich aber auch zu qualifizierten Kandidaten führt, ist die bisherige Wertehierarchie politischer Nominationen «1. Wählbarkeit, 2. Eignung» umzukehren, damit die Selektion endlich über die «Eignung» zur Frage der «Wählbarkeit» führt. Doch so lange die Selektionsgremien primär aus (alt) Parlamentariern selber zusammengesetzt sind, so lange werden ungeachtet einer sich verändernden Welt die Qualifikationen von gestern unsere politische Führung von morgen prägen.

Als Hoffnung bleibt der aufgeklärte Wähler, der sich zunehmend die Freiheit nimmt, auf Wahllisten auch Personen zu streichen, selbst wenn diese schon seit 20 Jahren im Parlament sitzen. Prof. Wittmann hat sich in einem Interview zur Frage nach einer Amtszeitbeschränkung wie folgt geäussert: «Mehr Wettbewerb ist hier die Devise. Eine Beschränkung der Amtszeit auf zwölf Jahre kann ich nur befürworten. Sie würde die Herrschaft von Patriarchen, die kaum einen Schatten neben sich ertragen begrenzen und beenden. Das zum Wohle der personellen und geistigen Erneuerung der politischen Parteien und des Parlamentes.» Dazu gibt es nichts mehr beizutragen als den Aufruf an die Wählerinnen und Wähler, einer Amtszeitbeschränkung durch selektives Wählen zum Durchbruch zu verhelfen.